

Sozialdemokraten

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Donnerstag, 21. März 1935

Nr. 68

Antwort an Berlin:

Konferenzen der drei Westmächte

Frankreich ruft Völkerbund an / Protest in Berlin / Laval nach Moskau

Paris. In der Mittwoch-Sitzung des Ministerrates, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammentrat, wurden wichtige Entscheidungen getroffen, die von der breiten Öffentlichkeit Frankreichs und von der Presse durchwegs gebilligt werden und die auch einen großen internationalen Widerhall finden werden.

1. Der Ministerrat nahm den Text der Protestnote der französischen Regierung gegen den samstägigen Schritt der deutschen Regierung an. Die Note soll vom französischen Botschafter in Berlin der deutschen Regierung sofort überreicht werden.

2. Der französische Ministerrat beschloß, die unrechtmäßige und eigenmächtige Verletzung des Friedensvertrages durch Deutschland dem Völkerbundrat vorzulegen.

3. Der Ministerrat billigte die Vorberatungen Frankreichs mit England.

4. Der Ministerrat gab seine Zustimmung zur Reise des Außenministers Laval nach Moskau.

Die erste französisch-englisch-italienische Vorberatung wird diesen Samstag in Paris stattfinden. Die englische Regierung wird von Lord-Siegelbewahrer Eden, die italienische Regierung vom Staatssekretär Curiati vertreten werden. Eden wird noch am Samstag spät nachmittags nach London zurückkehren.

Nach der Rückkehr Simons aus Berlin und Edens aus Moskau wird eine neuerliche Zusammenkunft der Vertreter dieser drei Großmächte, und zwar diesmal in einem norditalienischen Orte stattfinden. An dieser zweiten Beratung werden sich unter anderen Simon, Mussolini und Laval persönlich beteiligen.

Außerordentliche Tagung in Genf

Nach Beendigung der Ministerratssitzung gab Außenminister Laval den leitenden Beamten die Anweisung, innerhalb 48 Stunden den Text der offiziellen Beschwerde der französischen Regierung an den Völkerbundrat gegen die Entscheidung Deutschlands vom 16. März, durch die die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wird, auszuarbeiten, eine Entscheidung, durch die die Bestimmungen des Versailler Vertrages gewaltsam verletzt werden. Die leitenden Beamten des Außenministeriums werden unverzüglich mit dem Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, in Verbindung treten, um sich mit ihm über die Bedingungen zu

einigen, unter welchen die Beschwerde Frankreichs auf das Verhandlungsprogramm einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundrates gesetzt werden wird.

Genf. Der Beschluß des französischen Ministerrats hat in Genf große Bewegung hervorgerufen. Man erwartet, daß längstens bis heute früh beim Völkerbundsekretariat das formale Ersuchen der französischen Regierung um die Einberufung des Völkerbundrates einlangen wird.

Der Rat wird wahrscheinlich Mitte nächster Woche unter dem Vorsitz des türkischen Außenministers Tewfik Rüşdi Aras zusammentreten.

Die Entscheidung der französischen Regierung wurde in Genf diplomatischen Kreisen sehr günstig aufgenommen.

Frankreichs Protest beim Völkerbundsrat

Paris. Der Protest Frankreichs beim Völkerbundsrat gegen den Schritt Deutschlands vom 16. März wird sich auf den Absatz 2 des Artikels 11 des Völkerbundespaktes stützen, der besagt, daß jedes Völkerbundsmitglied das Recht hat, den Völkerbundsrat auf Handlungen aufmerksam zu machen, die imstande sind, den Frieden zu bedrohen. Eventuell wird Frankreich auch auf den letzten Absatz des Artikels 16 des Völkerbundespaktes aufmerksam machen, der den Ausschluß jenes Staates aus dem Völkerbund festsetzt, der seine internationalen Verpflichtungen verlegen würde.

Einladung Lavals nach Moskau angenommen

Die französische Regierung hat weiters die Einladung der sowjetrussischen Regierung zu einem Besuche des Außenministers Laval in Moskau angenommen, das Datum dieser Reise wurde jedoch noch nicht festgesetzt.

Dem „Echo de Paris“ zufolge hat der Sowjetbotschafter Potemkin Laval den Vorschlag gemacht, schon in der nächsten Woche, und zwar in den Tagen, an denen Sir John Simon mit Hitler verhandeln werde, nach Moskau zu kommen. Beide Staatsmänner sollen sich aber dahin geeinigt haben, daß das genaue Datum der Moskauer Reise Lavals erst nach Simons Rückkehr aus Berlin, also in den ersten Apriltagen, festgesetzt werden soll.

Die französische Note

An Deutschland wird heute vormittag in Berlin überreicht werden, worauf sie veröffentlicht werden wird. Der Berichterstatter des Reutersbüros erfährt hierzu, daß die Note gegen die Verletzung des Versailler Vertrages und des Kommuniqués vom 3. Februar, das Berlin als Diskussionsbasis angenommen hatte, protestiert. Außerdem werde in der Note die Verletzung des Völkerrechts vorgeworfen, dessen Grundprinzip die Achtung vor allen internationalen Verpflichtungen bildet. Am Schluß der Note wird versichert, daß Frankreich bei den künftigen Verhandlungen auf einseitig getroffene Entscheidungen keine Rücksicht nehmen kann.

Berlin teilt Zensuren aus!

Berlin. In den Dreiergesprächen schreibt die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz u. a.:

Deutschland nimmt gern Kenntnis von jeder Aussprache der anderen Großmächte unter sich, durch die die großen internationalen und vor allem europäischen Aufgaben im Sinne allgemeiner Verständigung ihrer Lösung nähergebracht werden. Nichts wäre heute verhängnisvoller als eine erneute Spaltung Westeuropas in feindliche Blöcke. Deshalb geht die deutsche Politik nicht darauf aus, Freundschaften zu trennen, wohl aber hat sie ein berechtigtes Interesse daran, daß diese Freundschaften nicht gewissermaßen zu Verschwörungen gegen ein anderes Land ausarten. Auch die anderen Mächte werden gut daran tun, einen solchen Anschein zu vermeiden, weil er von vornherein das gemeinsame Ziel, die Herstellung vertrauensvoller und solidarischer Beziehungen aller Völker in Europa, unter einem ungünstigen Aspekt stellen würde.

„Vier Großmächte wünschen den Frieden“

London. „Die heutige Situation ist gefährlicher und drohender als sonst seit 1914“, erklärte in einer Rede in Madras in der Gesellschaft der Unterstaatssekretäre im britischen Finanzministerium Duff Cooper. Trotzdem sei kein Grund zur Verzweiflung, weil die letzten Ereignisse nichts geändert haben, sondern im Gegenteil die Situation aufhellen. Vier Großmächte wünschen den Frieden. Großbritannien, Frankreich, Italien und Sowjetrußland sollten sich verbünden zu einem festen Friedensblock und der Welt verkünden, daß sie den Frieden aufrecht erhalten wollen und daß jeder Störer des Friedens auf Widerstand stoßen würde. Dann, sagte Duff Cooper, dürfen wir auf die Erhaltung des Friedens hoffen.

Amerika befürchtet

in europäische Verwicklungen hineingezogen zu werden

Washington. Präsident Roosevelt setzt die Politik des aufmerksamen Beobachters der europäischen Situation fort. Es heißt, daß Hull und Norman Davis mit welchem Präsident Roosevelt Beratungen pflog, ihm vorzuschlagen, einen schriftlichen Protest nach Berlin zu senden, daß aber die Anschauungen des Kriegs- und Marineministers überwiegen, welche befürchten, daß die Vereinigten Staaten in eventuelle Verwicklungen in Europa hineingezogen werden könnten.

Krieg — aber wie und wann?

Sind die deutschen Generale eigentlich Pazifisten? Pressemeldungen zufolge soll die Reichswehrleitung von einer allgemeinen Wehrpflicht, wie sie die Nationalsozialisten und Anhänger sowie repräsentative Vertreter der altpreußischen Armee durchgeführt wissen wollen, garnicht erbaut sein. Sie will nicht viel mehr als 300.000 Soldaten unter Waffen halten, was nur 100.000 Mann mehr wären als Seedeck im Jahre 1930 — selbst bei voller Rüstungsfreiheit Deutschlands — empfangt. Hat die deutsche Reichswehr also die Rolle der unterdrückten Pazifisten übernommen? Auch was die materielle Rüstung anbelangt, soll die Reichswehr andere Auffassungen als die üblichen haben. Sehen wir von dem im Wehrbuch enthaltenen „Wahnsinn der Reichswehr ab“, in dem viel Ausschlußreiches steht, das aber umstritten ist, so liegen dennoch offizielle Neußerungen führender Vertreter der Reichswehr vor, die kaum zu mißdeuten sind. J. W. erklärt Roersch, daß der 30. Juni notwendig wurde, weil andere Organisationen sich annähern wollten, die Landesverteidigung ohne die Reichswehr zu organisieren.

Der Kampf Reichswehr — SA war in der Tat ein Kampf für oder wider das alte Massenheer. Die SA unterlief, die Reichswehr siegte. Aber der Kampf ging weiter. Noch immer stehen einander verschiedene Auffassungen in Deutschland gegenüber. Das „Prager Tagblatt“ hat in seinem gestrigen Leitartikel eine eindringende Begründung dafür gegeben. Die Reichswehr steht nämlich auf dem Standpunkt, daß die Zeit der alten Massenheere überwunden ist und keine schlagkräftige Armee den Krieg der Zukunft führen werden. Demzufolge lehnt sie die Wehrpflicht im alten Sinne ab und unterscheidet zwischen Dienst mit der Waffe und ohne sie. „Die Zukunft fordert eine allgemeine Wehrpflicht im weitesten Sinne des Wortes, eine Kriegsdienstpflicht des gesamten Volkes. In diesem Rahmen ist besonders hoch zu werten der Dienst des Waffenträgers.“ Das ist keineswegs die allgemeine Wehrpflicht, die so und soviel Jahrgänge mit Hunderttausenden und schließlich Millionen Soldaten unter Waffen hält. Wohl aber versteht der Nationalsozialismus, der von repräsentativen Vertretern der alten Armee unterstützt wird, unter allgemeiner Wehrpflicht das alte Massenheer von früher.

Es verlautet, Hitler habe die allgemeine Wehrpflicht sehr plötzlich proklamiert und selbst die Reichswehr sei davon überrascht gewesen. Selbst wenn dies der Auffassung, die Reichswehr herbeieigentlich in Deutschland und Hitler sei ihr Gefangener. Abbruch tun sollte, es ist dennoch nicht ausgeschlossen. Die Symmen auf Ludendorff sind wohl kaum allein auf die Fülle der Tradition und das Bedürfnis, nach dem Code Hindenburgs einen neuen Ruhm zu schaffen, zurückzuführen; es spricht mancherlei dafür, daß sie von mancher Seite auch als ein Bekenntnis zu den Formen der alten Armee und als Abfolge an die Konzeption der Reichswehr gedacht war. Wenn J. W. die „Prager Presse“ schrieb, die Rede Blombergs habe alle diejenigen enttäuscht, die nähere Ausführungen über die deutsche Wehrverfassung erwartet haben, so geht daraus hervor, daß die Dinge sehr überhastet kamen und die Widersprüche noch auszugleichen sind. Erst die Ausführungsbestimmungen zur Wehrpflicht werden zeigen, wer über wen gejagt hat.

Daß Deutschland zunächst über die Welt geistigt hat, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden und daß sie nicht daran denken wird, die Wehrpflicht rückgängig zu machen, das ist sicher. Wenn man aber nicht beachtet, daß die Reichswehr aus militärischen Gründen an einem verhältnismäßig kleinen Heer festhalten gedenkt, kann es der Welt passieren, daß der Nationalsozialismus seine militärisch bedingten möglichen Konzeptionen an die Reichswehr oder gar den völligen Sieg der Reichswehr als die Widerlegung der Weltthese betrachtet, daß Deutschland einen neuen Schritt zum Krieg gemacht habe. Vielleicht werden die Ausführungsbestimmungen zum Wehrgesetz bei den Verhandlungen mit Simon schon eine solche Rolle spielen. Hat Deutschland nicht auch den Abbau der SA als Schritt zum Frieden betrachtet? In Wirklichkeit hat danicht der

Friedensgedanke, sondern die Reichswehr genießt. Die Welt hat das verkannt, weil sie glaubt, Aufrechterhaltung besteht allein darin, daß viele Leute ein Geißel in die Hände kriegen. Aber wie wertlos wären das gerade England und Amerika, die von sich aus keine allgemeine Wehrpflicht kennen und auch keine sehr große Armee haben? Darum ist die Reichswehr auch nicht etwa gegen den Krieg, den die Wehrmacht stets für möglich erachtet, sie will ihn nur anders führen und anders vorbereiten. Krieg ja, aber wie und wann. Aufrüstung so oder so, das ist die Frage.

Der Dualismus auf wehrpolitischem Gebiet besteht in Deutschland noch immer, wie er auch in der Außenpolitik, in der Justiz und auf vielen anderen Gebieten besteht. Stärker als man glauben konnte, hat sich der Nationalsozialismus über viele alten Mächte hinweggesetzt. Aber er konnte sie nicht bezwingen und so haben sie nebeneinander. Der Nationalsozialismus brachte eine militärische Auffassung mit, die im alten Feudalismus wurzelt, wie er all seine Ideologien aus dem Geistesbezogen hat. Weisföhrig ist er nicht einmal auf dem Gebiet, wo er allein zuständig erscheint, er hat das Reichswehrgesetz bisher nicht begriffen und kann es auch nicht begreifen, vor allem auch nicht praktizieren. Ist es denn nicht mehr wahr, was der Marxismus, was Jean Jaures, was Bebel, was Engels und Rosa Luxemburg gelehrt haben, daß sich die Nation am besten und entschlossensten zu verteidigen weiß, die in Freiheit lebt, die Rechte hat und weiß, für was sie eintritt? Ist die Gewalt doch so allmächtig, daß sie noch heute die notwendige Kraft zur machtlosen Kriegsführung erzeugen kann? Ist es möglich, daß sich im faschistischen Deutschland ein in der Republik gewachsenes und vom damaligen Staatlichen und politischen Zustand ausgehendes Heer unverändert im gegenwärtigen Staat behaupten kann? Ist die Wehrverfassung nicht an den jeweiligen Gesellschaftszustand gebunden und gleichsam ihr militärischer Ausdruck? Wenn das alles wahr ist, dann muß die allgemeine deutsche Reaktion auch das militärische Gebiet erfassen.

Und das ist der Fall. Die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht in den vom Nationalsozialismus angeordneten Formen ist für Deutschland — rein militärisch gesehen — ein Schritt zurück. Das moderne Heer, das von der Selbständigkeit des einzelnen Mannes, von der freiwilligen Bereitschaft und der höchsten Intelligenz ausgeht, kann aus dem Zustand des Dritten Reiches nicht die notwendige Lebenskraft ziehen, der alte Massenheerdrill, der alte Begehrenstümpfen müssen notwendigerweise wieder auferstehen. Mit dem modernen Wehrsystem steht und fällt der totale Staat, der zugleich totale Unterdrückung ist. Der Drill muß die Gefinnung, der Zwang die Ueberzeugung ersetzen. Und weil mit der Wehrform mehr verbunden ist als eine Konzeption an die Reichswehr, darum ist dieser Kampf stets sehr heftig gewesen.

Krieg hier wie dort, Aufrüstung hier wie dort. Aber wie, aber in welcher Form, das ist der Gegenstand. Die Wehrmacht weiß, daß Jaures, Bebel, Luxemburg im Recht sind, sie sucht das Mögliche zu tun, um das Dilemma zu mildern. Aber sie ist nicht die Kraft, als die sie betrachtet wird. Sie ist nicht entscheidend, die Ereignisse gingen oft genug über sie hinweg, es kann auch der Krieg gegen ihre Bedenken ausbrechen.

Dann aber wird über dem Dritten Reich das Schicksal des Faschismus schweben. Man hüte sich aber, auf diese Karte alles zu setzen, aber sie

bleibt der letzte Trumpf. Zuvor aber würde lange und viel Blut fließen, denn ob der Krieg gleich mit der Revolution und dem Kampf um die Freiheit im Innern und die Rettung des Vaterlands

Unannehmbar sagt der französische Premier

Paris. Ministerpräsident Mandin hielt gestern im Senat bei vollen Händen und überfüllten Logen und Tribünen eine über eineinhalb Stunden dauernde Rede, die häufig von Beifallsstürmen von der äußersten Rechten bis zur Linken unterbrochen wurde.

Der Ministerpräsident lehnte die Ansicht ab, daß der Schritt der deutschen Regierung vom 10. März eine Antwort auf das englische Weißbuch und auf die Debatte in der französischen Kammer vom vergangenen Freitag bildete. Es handelte sich vielmehr um eine bereits lange vor bereitete Aktion. Frankreich könne die Ansicht der deutschen Regierung nicht annehmen, daß die Ehre des deutschen Volkes und der Schatz der Freiheit Deutschlands dieses Geistes erfordern. Wo wäre die Gerechtigkeit, rief er, wenn sich jeder frei das Recht anmaßen würde, die unterschriebenen vertraglichen Verpflichtungen zu verwerfen. Frankreich kann den deutschen Schritt vom 10. März nicht annehmen und wird ihn nicht annehmen. Während der letzten 15 Jahre hat Frankreich auf alle erdenkliche Weise durch Taten und freiwillige Zugeständnisse eine Annäherung und Versöhnung mit Deutschland angestrebt. Diese Versöhnung kann aber nicht auf der Verengung der Freiheit und auf der Regierung des Rechtes und der Gerechtigkeit gegründet sein. (Lebhafte Beifall von der Rechten bis zur Linken.)

Mandin lehnte ferner die Behauptung ab, daß Deutschland nicht den Krieg wolle. Es ist auch unrichtig zu behaupten, daß Frankreich seine Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung nicht erfüllt hat. Es darf nicht vergessen werden, daß Frankreich die dreijährige Militärdienstzeit auf eine einjährige herabgesetzt und den Eiserntischand seiner Armee freiwillig um über 50 Prozent beschränkt und herabgesetzt hat. Im Jahre 1914 hatte Frankreich 750.000 Mann, während es im Jahre 1935 nur 350.000 hat. Im Jahre 1914 betrug die Tonnage der französischen Marine 768.000 Tonnen, während sie im Jahre 1935 550.000 Tonnen beträgt. Wenn Frankreich nicht noch mehr abgerüstet hat, so ist es dies deshalb, weil es wollte, wie fieberhaft Deutschland rüfete.

Mandin warf Deutschland vor, daß es die Tätigkeit des Völkerverbandes untergrub und schließlich den Völkerverband und die allgemeine Abrüstungskonferenz auf vor verantwortlichen Entscheidungen verlassend hat. Frankreich ist überzeugt, daß der Völkerverband diesen Schritt Deutschlands nicht schweigend übergehen kann. Wenn er dies täte, würde sich der Völkerverband eines Verrates an sich selbst schuldig machen.

Nach Schluß erfuhr der Ministerpräsident Mandin den Senat, die geforderte vorübergehende Verlängerung des Militärdienstes anzunehmen.

Die Regierung hat eine große Mehrheit gesichert, da der größte Klub — die demokratische Linke — die über die Hälfte des Senates umfaßt, einstimmig beschlossen hat, der Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Paris. Der Senat nahm am Abend mit der imponenten Mehrheit von 263 gegen 21 Stimmen

des durch den Sturz dieses Regimes beantwortet wird, ist nicht sehr wahrscheinlich. Darum: soweit es auf unsere Kraft ankommt, das Regime vor dem Kriege vernichten!

die Tagesordnung des Senators Henry Jouvenel an, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß sie die Politik der Sicherheit des Staates und der Wahrung des Friedens fortsetzen werde" und in der der Regierungsentwurf über die vorübergehende Verlängerung des Militärdienstes genehmigt wird.

In der Ansprache im Senate, die einen außerordentlichen Umfang annahm, erklärte der ehemalige Ministerpräsident und unabhängige Senator Paul Boncour, daß die deutsche Regierung den Glauben erschüttert hat, den Frankreich an Deutschland hegte. Wir haben daher das Recht, sagte Boncour, die Verantwortung für die gegenwärtige Lage abzulehnen, und die Pflicht, mit Deutschland nicht weiter zu feilschen. Paul Boncour hegt das Vertrauen in den Völkerverband, daß er seine Pflicht tun werde, und verlangt außerdem den beschleunigten Abschluß von gegenseitigen Hilfeleistungskarten. Das werde die beste Antwort an Deutschland sein.

Heute Regierungserklärung im Unterhaus

London. Der britische amtliche Nachrichten dienst meldet zur Situation, die durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland entstanden ist, daß über die Beratungen, die auf diplomatischem Wege stattfanden, in der Donnerstagsitzung des Unterhauses ein offizieller Bericht erstattet werden wird.

Sejm-Opposition gegen Deutschland

Warschau. In der heutigen Plenarsitzung des Sejm wurde von den oppositionellen Parteien die Politik der Regierung gegenüber Deutschland einer scharfen Kritik unterzogen. Abgeordneter Stronski von der nationaldemokratischen Partei wies auf das Erstarren der hakenkreuzlerischen Propaganda in Pommern hin. In Graudenz veranstaltete die dortige deutsche Rinderherde am 17. d. M. gleichzeitig mit den Feiertagsfeiern in Berlin einen sogenannten „Geldentag“. Bei diesen Feiertagsfeiern legten die Deutschen in Graudenz ein Ehrengeißel für das Dritte Reich ab und nahmen eine Resolution an, in welcher Reichskanzler Hitler heißer Dank für die Wiedereinführung des allgemeinen Militärdienstes in Deutschland ausgesprochen wurde. Der Redner äußerte sich schließlich dahin, daß die polnische Regierung gegenüber Deutschland eine Politik der Illusion betreibt, für welche das polnische Volk in der Zukunft einen sehr hohen Preis bezahlen müssen. — Der sozialistische Abgeordnete Niedzialowski äußerte sich u. a., daß die Aktionen Deutschlands die Vorbereitungen zu einem Angriffs- und Annektionskriege bilden.

GEDENKET bei allen Anlässen der Arbeiterfürsorge!

Sechs Todesopfer einer Wählerversammlung in einer ungarischen Gemeinde

Budapest. In der Gemeinde Endröd im Wahlbezirk Pafes kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Die Behörden wollten eine Wählerversammlung, zu der der Kandidat der Unabhängigen Kleinen Landwirtpartei Andagazi-Kasnya nicht erschienen war, a u f l ö s e n, worauf die Menge den Gendarmerieposten angriff, so daß dieser von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Fünf Personen, darunter eine Frau waren auf der Stelle tot. Eine sechste Person starb während der Ueberführung ins Spital, eine siebente Person wurde schwer verletzt. Es wurde sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet und der Minister des Innern, Kasnya, begab sich zur Kontrolle der Untersuchung nach dem Tatorte.

Offiziere als Hochverräter

Wien. Gestern begann vor dem Militärgerichtshof in Wien der Prozeß gegen den Major des österreichischen Bundesheeres Rudolf Selinger und drei Polizeioffiziere, Leo Gohmann, Josef Eichmann und Dr. Paul Schönl, wegen des Verbrechens des Hochverrats durch Beteiligung an dem im Juli 1934 erfolgten nationalsozialistischen Putsch. Die drei Polizeioffiziere standen bereits vor dem Justizpalast im Verdacht, sich an den nationalsozialistischen Antrieben beteiligt zu haben. Es wurde gegen sie eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet, die jedoch ergebnislos endete. Die drei Offiziere blieben auch weiterhin im Dienst. Kurz nach dem Putsch wurden alle drei zusammen mit Major Selinger verhaftet, weil sich einige der in der Kavag und im Kanzleramt verhafteten Mafelstörer auf Selinger und Gohmann sowie auf deren Genossen beriefen und erklärten, daß diese Offiziere die Vorbereitungen zur Besetzung der Kavag und des Bundeskanzleramtes durchgeführt und Teilnehmer zu dieser Aktion angeordnet haben.

Scharfe China-Erklärung gegen Rußland

Das chinesische Außenministerium veröffentlicht über den illegalen Transit der chinesischen Ostbahn eine Erklärung, in der es heißt: Die Sowjetregierung hat unter Verletzung ihrer Verpflichtungen und ohne auf die wiederholten Proteste der chinesischen Regierung zu achten, Verhandlungen über den Verkauf der chinesischen Ostbahn mit der japanischen Regierung und mit Personen eingeleitet, die das ungesetzliche Regime vertreten, das gegenwärtig in den nordöstlichen Provinzen Chinas herrscht. Ihre Verhandlungen sind, wie die letzten Meldungen besagen, bereits beendet und es scheint, daß der Transit der Bahn in aller nächster Zeit durchgeführt werden wird. Die Verhandlungen der Sowjetregierung, die auf diese Weise ohne Zustimmung Chinas über die chinesische Ostbahn zu disponieren versucht, müssen deshalb von der chinesischen Regierung als vollkommen illegal und ungültig angesehen werden und stellen eine direkte Verletzung der chinesischen Vertrags- und Hoheitsrechte und einen internationalen Uebergriff dar, gegen den sich die chinesische Regierung die Geltendmachung aller Rechte vorbehält.

Die Brücke nach Upsilon Roman von Fritz Rosenfeld

Er griff nach seiner Brieftasche, sie war leer. Er durchsuchte alle Röcher. Ein paar Bilder, Zettel mit Adressen, seine Fahrkarte. Er sah auf seinen Mantel; der lag, beide Hände über die Mantelknöpfe gebreitet und den Kopf auf die Handrücken gebettet, und schlief; er war dämmel, die Wangen eingefallen, die Stirn wulstig, das Kinn plump, die Nase wie ein Anollen breit in die flackige Haut des stumpfen Gesichtes geschoben.

Ich bin wahrscheinlich gewesen, fuhr er durch Cabrolles Hirn. Sein Herz begann zu pochen. Ich war angestrichelt, ich war furchtbar, ich muß mit ihm reden, das Spiel gilt nicht alle, die hier liegen. Detz von Ebel, Frau Boock, Halling, der Betrüger können bezeugen, daß ich nicht bei Sinnen war. Ich kann nicht nach Hause fahren ohne das Geld. Ich kann meiner Frau nicht unter die Augen treten. Mein Haus gehört nicht mehr mir. Die Felder, die Wiesen, das Vieh. Meine Kinder werden verhungern. Ich muß einen Ausweg finden.

Totenstille. Der Tischenspieler baut aus den Karten ein Haus, sechs Stockwerke wird es hoch, da fiel es zusammen.

Vor dem Fenster lag ein fahler Schimmer. Die Bäume strecken ihre kalten Arme gegen den Himmel, der Unruh der beiden Jüge wurde sichtbar. Die friedlich auf den beiden Gleisen nebeneinander hängten, mit erloschenen Lokomotiven.

Clavien schlug die Augen auf, Carlotta schlief in seinem Arm, behutsam legte er ihren Kopf auf das Kissen, behutsam öffnete er die Tür, ein Frühling zog durch die Räume, der Ofen war ausgebrannt, es roch faulig nach Wierresten und

erkaltem Zigarettenrauch. Jakob Halling lehnte in einem Winkel, sein Kopf war zur Seite geneigt, er berührte manchmal die Schulter Diana Abords, die mit langen, tiefen Flügen atmete. Xenia schlief, ihr Mund stand offen, die Schminke war verwischt, auf den Wangen Tränen Spuren in der Puderschleier. Marcel hatte die Arme auf dem Tisch verstreut und den Kopf auf die Hände gelegt, er sah aus, wie ein Schuljunge, der über einer Aufgabe eingeschlafen war, die er nicht lösen konnte.

Cabrolle blinzelte auf die Karten, der Tischenspieler ließ sie durch die Luft flattern wie ein Jongleur die Kugeln, ein blankes Rad bunten Papiers hand im Raum, lebend und flirrend.

Kur Marina fehlte. Sie mochte ins Dorf hinuntergegangen sein. Auf dem Schantrich schnarchte der Kellner.

Da gellte eine schrille Glocke durch das Schweigen. Clavien blickte sich um, hier und dort regte sich ein Kopf, wurden zwei Augen lebendig. Er lief in das Zimmer des Stationsvorstands. Der hockte in seinem Sessel, noch waren seine Augen geschlossen, aber das Signal hatte ihn bereits aus dem Traum aufgeschreckt er kämpfte um das Bewußtsein, er sah hoch, geh ein Glas Wasser hinunter, sprang an das Telefon.

„Die Streckenleitung!“ sagte er zu Clavien. Dann horchte er. Er nickte mit dem Kopf. Er sagte „Ja“ und „Wird geschoben“. Clavien gab ihm Zeichen, er sollte fragen. Der Stationsvorstand winkte, ja, ja, alles zu seiner Zeit. Und er fragte: Ob man ihm nicht sagen könne, in welchem Zusammenhang die festsitzenden Ereignisse von gestern ständen, und ob etwa noch zu befürchten sei, daß... Da verstimmt der Druck. Es schien nur die wichtigsten Leitungen instand gesetzt und für dringende Dienstgespräche freigegeben.

„Was geschieht mit uns?“ fragte Clavien ungeduldig.

„Um zehn Uhr geben zwei Wagen mit einer Maschine nach N. zurück und werden dort an den Frühjahrsstellung angehängt, der über S. nach Upsilon geleitet wird“, sagte der Stationsvorstand.

Er leuchtete vor Aufregung. Er setzte sich, nahm den Kopf zwischen die Hände, schloß die Augen. Das große Fragezeichen, das noch vor ihm stand, das ihn die ganze Nacht bedrängt hatte, mußte erst schmelzen; er es nicht ganz klein war und dahinschwand wie ein Erpexzug, der in die Ferne donnert, konnte er nicht sprechen.

„Wann sind wir in Upsilon?“ fragte Clavien.

„Die Umleitung verlängert den Weg um zweihundert Kilometer“, sagte der Stationsvorstand. „Vor vier Uhr nachmittags wird der Zug kaum in Upsilon sein.“

„Ist in Upsilon Ruhe?“

Der Stationsvorstand hob die Achseln.

„Darüber hat mir die Streckenleitung keine Auskunft geben wollen. Da die Jüge aber verbleiben, wird wohl Ruhe sein. Vielleicht ist die Sprengung der Brücke doch nur ein Unglücksfall gewesen, aber ein Katastroph, oder die Tat eines Wahnsinnigen.“

„Und der Sender? Und das Licht?“

Der Stationsvorstand trat an den Schalter, drehte den schwarzen Fächer in der gläsernen Scheibe. Das Licht flammte auf. Er sah Clavien stumm an, ging mit ihm in das Nebenzimmer. Die weiße Scheibe mit den Namen der Stationen leuchtete hell auf. Russ! Lang. Rehen von Menschenstimmen, weißer über den Ocean. Reih fort landte Regenerleder, Chicago Tanzmusik. Zan Arcangista das mächtige Klaischen einer Orgel. Europa war stumm um diese Stunde.

„Der Sender schweigt noch.“

Clavien drehte weiter. Knattern, Kreischen. Pfeifen, Anarren. Dann ein paar hölzerne Töne, als klopfte jemand mit einem Kletterfüßel auf den Tisch. „Reiseleiter!“

Sie borchten angespannt. Clavien zog ein Stück Papier aus der Tasche, einen Briefumschlag,

und versuchte das hölzerne Ticken zu enträtseln.

„Reiseleiter sind es nicht“, sagte er nach einer Weile. Das Ticken dauerte fort, lange, dunkle, kurze helle Töne, eine geheime Sprache, die sie nicht entziffern konnten.

„Der Militärsender“, sagte der Stationsvorstand.

„Der Militärsender? Das ist kein gutes Zeichen.“

„Es kann auch eine harmlose Übung sein.“

„Zufällig, heute morgen? Ein seltsamer Zufall mehr? Nein, lieber Freund, daran glaube ich nicht.“

„Versuchen wir, eine Verbindung mit dem Dorf zu bekommen.“

„Wen kann man denn um diese Stunde anrufen? Im Bürgermeisteramt wird niemand sein, die Gendarmerie hält sich in feierliches Schweigen.“

„Rufen wir den Doktor an.“

Sie drehten die Kurbel, warteten. Der Draht blieb stumm.

„Das Amt meldet sich nicht.“

„Also wieder: warten, warten.“

„Ich werde das Regionalverhandeln. Ich werde Marina holen lassen, sie soll einziehen, die Passagiere werden ein Frühstück verlangen.“

„Gibt es hier einen Wochtraum? Ich laufe nicht gern unraffiert herum.“

„Sie können sich bei mir drüben waschen und rasieren. Für die anderen muß Marina sorgen, sie wird schon Waschkübeln und Krüge aufstellen. Handtücher habe ich im Magazin.“

Clavien holte sein Rasierzeug aus dem Koffer, schüttete kaltes kares Wasser über den Kopf, nun erst wurde er ganz wach.

Um zehn Uhr konnte man weiterfahren. Bohin, wuhle der Himmel; denn auch die andere Strecke lächelte über eine Brücke, und wenn auch diese — Jedenfalls kam man von hier weg.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den parlamentarischen Ausschüssen

Regreß taucht wieder auf

Im Abgeordnetenhaus wurde im sozialpolitischen Ausschuss der Bericht des Subkomitees über die Regreßvorlage erörtert. Nach der allgemeinen Debatte über die Prinzipien, auf denen das Elabarat des Subkomitees fußt, wurden in der Spezialdebatte die ersten vier Paragraphen verhandelt.

Das definitive Automobilgesetz

Der Verkehrsausschuss befahte sich erneut mit dem definitiven Automobilgesetz, bezüglich dessen in der letzten Sitzung gewisse Rückfragen an die Regierung gestellt worden waren, die die Arbeitszeit der Chauffeure, die Art ihrer Altersversicherung und die Rechtsgültigkeit der Kollektivverträge betrafen. Minister Dr. Weisner brachte die Antwort der Regierung zur Kenntnis, die der Ausschuss mit Befriedigung zur Kenntnis nahm. Im Ausschussbericht soll die Regierung aufgefordert werden, alle diese Fragen in den Durchführungsverordnungen zu lösen. Den sieben vom Senat gefassten Resolutionen schloß sich der Ausschuss an.

Der Verfassungsausschuss genehmigte dann ebenfalls die Vorlage samt den Resolutionen bis auf eine, welche die Übertragung des Wirkungsbereiches nach § 20, Abs. 2 und § 21, Abs. 1, betrifft. Diese Resolution wurde in dem Sinne geändert, daß die Regierung aufgefordert wird, die Ausgabe internationaler Bescheinigungen für Motorfahrzeuge und ihre Führer einzig auf eine demokratische Zentrale (Ferein) der bestehenden Kraftfahrerspitzenorganisationen zu übertragen, auf deren Schaffung energisch hingearbeitet werden soll.

Subkomitee für die Autosteuer

Im Budgetausschuss des Senates wurde für die Beratung der Vorlage über die Autosteuer und die Mineralölsteuer ein Subkomitee eingesetzt, in dem alle Parteien vertreten sind. Das Subkomitee, dessen Vorsitz Senator Panel als Referent übernimmt, wird heute nach der Plenarsitzung das erstmalig zusammen treten.

Im sozialpolitischen Ausschuss erstattete Genosse Johannis einen Bericht über die Arbeitslosigkeit und ihren Einfluß auf die Sozialversicherung. Der vorbereitete Gesetzentwurf auf Unterstützung der Krankenhäuser und anderer Heilanstalten soll noch in dieser Funktionsperiode verabschiedet werden. Als Grundlage dient der Antrag Johannis auf Errichtung eines Fonds für Volksgesundheit. Die Subventionenpolitik der Landesauschüsse und des Gesundheitsministeriums soll in Zukunft hauptsächlich auf die Unterstützung von Neubauten und Adaptionen und weniger auf die Subventionierung des laufenden Betriebes der Krankenhäuser gerichtet sein. Die Vorlage soll den Bezirken und anderen Bauherren tatsächlich den Neubau von Krankenhäusern, bzw. deren Modernisierung, ermöglichen. Es wurde beschlossen, die betreffende Vorlage, die sich derzeit im interministeriellen Verfahren befindet, zu urgieren.

Steyrer Genossen verurteilt

In dem Prozeß gegen die Führer des Schutzbundes in Steier, die bei den schweren Kämpfen auf den Höhenrücken Ennsleiten bei Steyr am 13. Jänner vergangenen Jahres das Kommando führten, wurde am Freitag spät abends das Urteil gefällt. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt Steyr Franz Sichert wurde vom Verbrechen des Hochverrats freigesprochen und nur wegen Aufstehens zu zehn Monaten schweren Kerlers verurteilt. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Franz Schrangl wurde ebenfalls wegen Aufstehens zu 14 Monaten schweren Kerlers verurteilt. Ein weiterer Angeklagter erhielt ein Jahr schweren Kerlers, drei wurden freigesprochen.

Journalistenlos im Dritten Reich

Köln. Die Staatspolizeistelle Köln teilt mit: Der Hauptschriftleiter der „Kölnischen Zeitung“ Dr. Schäfer wurde am Mittwoch wegen Verbreitung unwahrer Angaben über Zeitungsvererbung, die von der Propagandaleitung der NSDAP, Gau Köln-Nachen, durchgeführt wird, und wegen eines Verhaltens, das das Ansehen und die Autorität der Partei schädigt, in Schutzhaft genommen.

Abessinischer Zwischenfall

Rom. Die Agenzia Stefani meldet aus Mogadiscia in Italienisch-Somaliland, daß eine bewaffnete Bande kürzlich einen Angriff auf italienische Eingeborene in der Nähe von Agable ausgeführt habe. Eine Abteilung italienischer Mobilitruppen bemühte sich vergebens, die Urheber dieses Angriffs einzufangen, die sich auf von abessinischen Truppen kontrolliertes Gebiet zurückzogen. Die italienische Gesandtschaft in Addis Abeba erhielt den Auftrag, in aller Form bei der abessinischen Regierung wegen diesem Zwischenfall zu protestieren und sich vorzubehalten, daß sie eine genaue Forderung auf Ersatz der verursachten Schäden vorlegen wird.

Blutbad im New Yorker Negerviertel

Regertumulte aus Angst um einen Regertjungen, der beim Raschen erwischt wurde

New York. Im Negerviertel Harlem im Norden New Yorks kam es Dienstag abends aus einem geringfügigen Anlaß zu wilden Ausschreitungen, an denen sich tausende von Regern beteiligten. In einem hauptsächlich von Regern besuchten Einzelhandelsladen war ein Regertjunge beim „Diebstahl“ einiger Stücke Zuckerwerk ertappt worden. Während er gerade an Ort und Stelle vernommen wurde, wurde an dem Laden ein Sturz vorübergetragen. In diesem Augenblick gingen einige Regertfrauen laut an zu schreien, der festgenommene Junge sei tot geschlagen worden und werde gerade in einem Sarge weggebracht. Hierauf ereigneten sich unbeschreibliche Szenen. Immer größer werdende Mengen von Regern drangen in den Einzelhandelsladen ein, fügten sich auf die Angestellte, von denen einige durch Stöße und Schläge schwer verletzt wurden, und zertrampelten und zerstörten den größten Teil der ausgestellten Waren. Die Ausschreitungen griffen dann auf die umlie-

genden Straßen über, und bald war das ganze Negerviertel von tausenden von tobenden Regern erfüllt, die in den Läden eindringen und die Stärke von mehreren tausend Mann zusammengezogene Polizei mit Steinen bewarf. Auch kommunistische Plakate mit Lynchmordbedrohungen waren zu sehen. Volkscorps feuerten die rasende Menge zu immer weiteren Ausschreitungen an. Die Polizei, die sich zuerst nur darauf beschränken konnte, die auch in andere Stadtteile vordringende Regermasse in ihr Viertel zurückzudrängen, konnte erst in den Morgenstunden die Kräfte wieder herstellen. Zahlreiche Läden wurden vollkommen ausgeplündert. Dem Urheber des gewaltigen Tumultes, dem kleinen Regertjungen, war es bereits bei Beginn der Ausschreitungen gelungen, sich in aller Stille davon zu schleichen. Etwa hundert Demonstranten wurden verhaftet. Mehr als hundert Personen wurden verletzt. Einige von ihnen trugen schwere Schußverletzungen davon.

Tagesneuigkeiten

Endlich Verbot der Spielautomaten!

Mit Erlaß des Finanzministeriums vom 18. März 1935 haben alle Entscheidungen des Finanzministeriums, durch die seinerzeit die Zulässigkeit des Spiels auf den Spielautomaten „Banfa“, „Habibis“, „Ballo“ (früher „Barello“), „Tronla“ und „Jge“ vom Standpunkte der Lotteriegesetzlichen Vorschriften bestätigt wurde, bis auf weiteres die Gültigkeit verloren. Niemit ist also das Spiel auf diesen Automaten verboten. Gleichzeitig wurde das allgemeine Spielverbot auch bezüglich der Spielautomaten, des sogenannten Roulette-Typs ausgesprochen, deren Grundmerkmal die Einfäse der Spieler auf Zahlen oder Farben gegenüber jener Person sind, welche den Spielautomat vertritt (Bankier, Croupier usw.). Das äußerliche Merkmal dieser Spielautomaten ist die Zahlenrollette.

Der Grund für die Entscheidung war die Feststellung, daß auf den genannten Spielautomaten ohne jedwede Rücksicht auf die Möglichkeiten, welche die vorausgesetzte Fertigkeit bieten würde, gespielt wurde und daß in vielen Fällen nicht einmal die für die einzelnen Spielapparate ausgegebenen Grundregeln eingehalten wurden.

Das Spiel auf allen Spielapparaten „Banfa“, „Habibis“, „Ballo“ (früher „Barello“), „Tronla“, „Jge“ usw. ist daher als verboten anzusehen.

Das Verbot erwächst unverzüglich in Kraft und es wurden darauf alle Remter mit der Aufforderung aufmerksam gemacht, im Übertretungsfalle streng vorzugehen.

62.000 Eisenbahnunfälle in Rußland innerhalb eines Jahres!

Moskau. Der Verkehrsminister Kaganowitsch richtete einen Erlaß an die Eisenbahnbeamten, in welchem er hervorhebt, daß trotz aller Maßnahmen und Strafen die Zahl der Eisenbahnkatastrophen immer weiter ansteige. Er ermahnte die Eisenbahnbeamten zu größter Disziplin und stellte schärfere Maßnahmen und Strafen bei Zuwiderhandeln in Aussicht. Nach amtlichen Angaben sind im Jahre 1934 insgesamt 62.000 kleinere und größere Eisenbahnunfälle zu verzeichnen. Im Jänner 1935 waren es 7000, im Februar 5000. Bei den Unfällen im Jahre 1934 wurden etwa 7000 Lokomotiven und 4500 Waggons beschädigt, etwa 60.000 Waggons wurden völlig zerstört. Quelle: von Menschenleben sind zu beklagen gewesen, Tausende von Personen wurden verletzt. Im Jahre 1934 lieferte die sowjetrussische Waggon-Industrie 19.000 neue Waggons, wobei der Neubau mit den eingetretenen Verlusten bei weitem nicht Schritt hielt.

Dr. Bagac — Kohlendioxidvergiftung

Giftmord möglich. — Verhaftung Wajana Njokantowas

Brünn. Gestern vormittags wurde die gerichtliche Obduktion der Leiche des Stellvertreters des Generalprokurators Dr. Antonin Bagac vorgenommen, wobei ermittelt wurde, daß die unmittelbare Ursache seines Todes Kohlendioxidvergiftung war. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß der Verstorbenen in keiner Hinsicht ein Grund hatte, Selbstmord zu verüben und daß somit mit Rücksicht auf das Ergebnis der Obduktion der Verdacht des Selbstmordes zurückzuweisen ist.

Wajana Njokantowas wurde gestern nachmittags vom Landeskrankenhaus auf die Polizeidirektion gebracht und einem eingehenden Verhör unterzogen. Hierbei bestritt sie jegliche Beteiligung an dem Tode Dr. Bagacs und

gab an, daß sie am Sonntag, dem 17. März nachmittags in einem Kino mit ihm war, von wo sie nach Hause ging und ihm dann auf seinen Wunsch gegen 18 Uhr besuchte. Nach dem Nachtmahl waren sie beisammen, wobei sie plötzlich ein Unwohlsein verspürte. Sie legte sich zu Bett und verlor kurz darauf das Bewußtsein. Sie wisse nicht, was dann geschähe sei und erinnere sich bloß daran, daß sie am 18. März im Landeskrankenhaus wieder zu sich kam.

Weil der Obduktionsbefund die Möglichkeit nicht ausschließt, daß dem Generalprokurator-Stellvertreter Dr. Bagac vielleicht auch irgendein Gift gereicht wurde, wurde Wajana Njokantowas verhaftet und in die Haft des Kreisstrafgerichtes in Brünn eingeliefert.

Anerkennung vom Feind. Die Wiener „Reichspost“, das Organ der Herilofaschistischen Regierung, hatte vor einiger Zeit einen Artikel über die Wiener Arbeiterbüchereien gebracht, in dem bemängelt wurde, daß unter dem neuen Regime zu wenig Änderungen in diesen ehemals roten Bibliotheken stattgefunden hätten. Nun veröffentlicht dieselbe „Reichspost“ am vergangenen Sonntag eine Zuschrift, die offenbar von einem katholischen Bibliothekar stammt, der in den geraubten Arbeiterbüchereien beschäftigt ist. In dieser Zuschrift heißt es: „Es ist nicht richtig, daß das katholische Schrifttum in Arbeiterbüchereien überhaupt nicht vorhanden ist. Es wurden sogar bereits unter sozialdemokratischer Leitung katholische Bücher, etwa Werke von Handel-Mazzetti, Undet, Grogger in viele Arbeiterbüchereien eingestellt. Im Interesse der Gerechtigkeit muß betont werden, daß das literarische und volksbildnerische Niveau der Wiener Arbeiterbüchereien auch vor dem Februar tatsächlich ein sehr hohes war.“ In der „Reichspost“, die sich in der Beschimpfung marxistischer Kulturarbeit nie genug tun konnte, nimmt sich dieses Urteil eines Hochmannes aus dem eigenen Lager sonderbar genug an. Aber gerade deshalb wird es den Lesern vielleicht zu denken geben.

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ mit dem Erscheinungsort in Tetschen wurde auf die Dauer eines Jahres in Oesterreich verboten.

Vertreter der Konfessionslosen beim Schulminister. Der Unterrichtsminister empfing Dienstag eine Abordnung des Aktionsausschusses der Konfessionslosen-Organisationen, die den Minister über die Bedeutung der für die Tage vom 5. bis zum 7. Juli in Prag anberaumten Manifestationen der Fortschritts-Bewegung informierten. Bei dieser Gelegenheit brachte die Deputation auch einige Forderungen der konfessionslosen Staatsbürger vor, vor allem über den Laienmoralunterricht und über die Notwendigkeit der Verlegung des Religionsunterrichtes an die Schlußstunden des Stundenplans.

Heber das tragische Ende des französischen Generalgouverneurs von Äquatorial-Afrika, Renard, seiner Frau und seiner Begleiter trafen jetzt beim französischen Kolonialministerium nähere Einzelheiten ein. Renard war mit seinen Begleitern in einem dreimotorigen Flugzeug von Brazzaville abgehoben, um einen Inspektionsflug zu unternehmen. Das Flugzeug stürzte hart an der Grenze zwischen Französisch- und Belgisch-Kongo auf belgischem Gebiet an bisher unbekannter Ursache über dem Wald ab. Man nimmt an, daß es in einen in dieser Gegend häufig auftretenden Sturm geraten ist. Ein belgisches Flugzeug, das den Wald in Lum 20 Meter Höhe überflog, entdeckte am Dienstag morgens eine breite Furche in dem unüberdringlichen Dickicht und stellte bei genauer Beobachtung fest, daß die Trümmer des französischen Flugzeuges auf dem Grunde dieser Furche lagen. Der belgische Piloter konnte keine Landung an der Ungünstigkeitsstelle vornehmen, sondern benachrichtigte die belgischen Behörden

Eine sensationelle Selbstanzeige

Substanz. Beim hiesigen Untersuchungsrichter erstattete der 35jährige Absolventkonzipient Dr. Orgus aus Cantowitz die Selbstanzeige, daß er jene Person sei, welche den belgischen Agenten Silvester Matuschka zur Verleitung des Agenten des belgischen Vizekonsuls Dr. Orgus an, danach agitiert zu haben, gemeinsam mit Matuschka eine gewisse Verheimlichung zu erlangen. Obwohl verurteilt wird, daß er sich bei den Angaben Dr. Orgus um die Tat eines Geistesgeheirten handelt, wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Ein furchtbares Familiendrama wurde in Herentim bei Worms von der Gendarmerie entdeckt. Beim Aufbrechen der Wohnung eines Mannes namens Zinnel, der seit einigen Tagen nicht an seiner Arbeitsstelle erschienen war, bot sich ein furchtbares Bild. Die Frau lag erschlagen im Bett, das sechsjährige Kind war ebenfalls tot. Allem Anschein nach ist es erwürgt worden. Zinnel hat sich nach der Taterhängt. Der Grund zu dieser unsinnigen Tat ist nicht bekannt.

Ein Militärarzt als Mörder. Der seit fünf Monaten krankheitsbedingt beurlaubte Militärarzt Dr. Josef Kordon von der vierten Brigade in Linz feuerte gestern vormittags in der Ordination des Zahnarztes Dr. Franz Stiff in Graz auf dessen Ordinationssträuelin Amalie Segelely einen Revolverkugeln ab, der den Tod des Mädchens zur Folge hatte. Dr. Kordon wurde von Dr. Stiff und den anwesenden Patienten überwältigt und der Polizei übergeben. Er verjagte auch auf andere Personen zu schießen, doch verlagte die Waffe. Dr. Kordon dürfte die Tat im Zustande einer Sinnesverwirrung begangen haben.

Fünf Jahre wegen kommunistischer „Sabotage“. Der Kommunist Heinrich Blauil wurde vom Schwurgericht in Prag wegen des Verbrechens des Hochverrats zu fünf Jahren schweren Kerlers verurteilt, weil bei ihm außer anderem kommunistischen Material auch Flugblätter gefunden wurden, die nach außen eine Kallamie für Sabotage zu sein schienen, in Wirklichkeit aber Legitimationen der illegalen kommunistischen Organisation darstellten.

Der Wanderrabbi wird sich wundern... Das Oberste Gericht in Brünn verurteilte gestern über die Reichspostbesitzer Schwere des Wanderrabbi Spirer, der vom Kreisgericht in Uffhorod seinerzeit wegen Aufwiegelung zu einer Geldstrafe von 500 Kč verurteilt wurde. Spirer bezieht an das Landesgericht in Kofice, das ihm jedoch die Strafe auf 1500 Kč erhöhte. Wegen dieses Urteils legte Spirer die Reichspostbesitzer Beschwerde beim Obersten Gericht ein, das sie nun verurteilt und das Urteil des Gerichts in Kofice bestätigte. Sollte Spirer die Geldstrafe nicht bezahlen, wäre er genötigt, eine Strafe von 30 Tagen strengen Gefängnis zu verbüßen.

Reservisten, die Feuerwaffenbesitzpflicht sind und die Waffenübung mit ihrem Motorfahrzeug zur Zeit der Schlußübungen zu Beginn September 1935 mitmachen wollen, mögen sich unverzüglich mit Korrespondenzkarte beim eigenen Stamm (Ersatz) Körper melden. In der Anmeldung ist anzuführen: Vor- und Nachname, militärische Charge, Geburtsjahr, Dienstjahrgang, Heimatort, Familienstand und händer Wohnort. Darauf wird der Stammkörper den Bewerbern die detaillierten Bedingungen und die Höhe der Entschädigung bekanntgeben. Die Militärverwaltung wird nämlich den Reservemännern für jeden Tag der Benützung des Motorfahrzeuges einen Pauschalbetrag bezahlen, und zwar bei einem Personalausmaß 100 bis 140 Kč, bei einem Motorwagen 35 bis 60 Kč.

Schönwetter. Gestern hat es sich unter dem Einfluß eines Hochdruckgebietes fast überall ausgebreitet, doch hatte sich in den böhmischen Ländern gegen Morgen dichter Nebel in den Tälern und Niederungen gebildet. Vielfach war leichter Nachtfrost eingetreten, relativ warm ist es auf den Bergen, besonders im Westen des Staates: Der Panzer hatte am Morgen plus 3, die Sämleruppe plus 2 und der Ritzelsberg plus 1 Grad. — Wetterausblick für heute: Andauern des schönen Wetters, weitere Erwärmung.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus dem Programm

Freitag

Prag, Sender 2.: 10.10: Schallplatten: Purian, 12.10: Schallplatten: Operettenouverturen, 10.45: Orchesterkonzert, 18.15: Deutsche Sendung: Leukert: Lebensfrauen des Glasarbeiters des Gabbons/Tannwalders Gebietes, 19.10: Sarsophonkonzert, 19.30: Liebeskonzert, 20.35: Konzert aus dem Smetanasaal: Aus dem Beethovensaal, 22.35: Schallplatten: Sender S.: 14.35: Konzert auf Viola da namba, 15: Deutsche Sendung: für die Frau, 18: Österreichischer Schallplatten. — Brünn 12.10: Arbeitsmarkt und Sozialinformationen, 18.15: Deutsche Sendung: Sborberichter 18.30: Von Wärttern berühmter Männer. — Währ.-Öhren 17.55: Deutsche Sendung: Dr. Streina: Deutsche schlesische Literatur aus der Barockzeit.

Hitler-Deutschlands Friedensarbeit:

Fünfstündige Luftschutz-Vollübung in Berlin

Berlin, Vor den Augen des Reichsluftfahrtministers Göring ist gestern in einem großen Wohnviertel des Luftschutzbereichs Kreuzberg eine etwa fünfstündige Luftschutz-Vollübung des Sicherheits- und Hilfsdienstes und des Selbstschutzes der Bevölkerung durchgeführt worden, die zum erstenmal in Deutschland ernstfallmäßigen Charakter trug. Wie die Verdunkelungsaktion am Abend vorher so fand auch diese Übung auf Anordnung des Reichsluftfahrtministers statt. Für die Durchführung war wiederum die Polizei verantwortlich. Sperrstreifen schlossen in der Zeit zwischen 9 und 14 Uhr das ganze Stadtviertel bei Umleitung der Verkehrsmittel von der Außenwelt ab. Es wurde in großangelegtem Stimm alles geprobt, was zu einer regelrechten und muster-gültigen Luftschutzübung gebräut. Außer der Polizei, der Feuerweh und den Organen des Reichsluftschutzbundes hatten sich über 1000 Hilfskräfte der verschiedensten Art zur Verfügung gestellt.

Als Annahme war zugrundegelegt, daß der Stadtteil Kreuzberg durch Bombenangriffe von der Umgebung abgeschnitten, die Brand- und Sprengsowie Kampfstoffbomben abwarfen.

Punkt 10 Uhr traten die Großalarmgeräte in Tätigkeit und verkündeten den Beginn der Übung. Die Luftschutzhelferinnen sorgten eilends dafür, daß die Hausbewohner die Säugkränne aufhoben. Die Straßen wurden geräumt, die Verkehrs-mittel von den Fahrgästen für die Fahrt ver-lassen. Wer in diesem Viertel nicht wohnte, suchte Sammelschutzhäuser auf. In kürzester Zeit lagen sämtliche Straßen des Übungsgebietes wie leergeräumt da. Nur Polizeibeamte mit einem grauen Ueberzug auf dem Rücken sahen an den Hausein-gängen. Kein Fenster bleibt geöffnet. Da bräut auch schon das unheimlichste „feindliche“ Geschwader heran. Obenbelebende Böllerschüsse markie-ren an allen Ecken und Enden die Einschläge der Bomben. Verheerende Wirkungen zeigen sich im Au-Sprengzylinder — vorher sorgfältig hergerichtet — aufgerissenes Straßenpflaster mit Trümmern in weitem Umkreis, ein brennen-des Haus, brennende Häuser — sie sind durch rote Flammen an den Fenstern des obersten Stockwerkes kenntlich — vielfach Einsturzerlöser, markiert durch schwarze Pläne, geplatzte Wasserrohre, sichtbar brennende Gasleitungen. Alles das wird an mehreren Stellen durch anschauliche Beispiele verdeutlicht.

Niederhaft steht die erste Gegenwehr ein. Am Chamisso-Platz s. B. sind mehrere Häuser von Bomben getroffen und haben Feuer gefangen. Gewaltige Rauchschwaden, vorzüglich markiert, weilen aus dem Dachstuhl. Die Hausfeuerwehr rückt an. Andere Häuser sind von Sprengbomben getroffen und stellen als schwer beschädigt. Es werden „Feuerlöcher“ und „Bergungstrupp“ und ein „Sanitäts-trupp“ entsandt, die das Trümmerfeld freilegen und die Verwunden auf Bahnen fort-schaffen. Mit Stroh angelegte Leitungen führen zu dem Ab-transport der Verletzten bereit. . . . Gelbe Flammen auf dem Straßenpflaster deuten auf Giftgas an. Hier steht die Arbeit des Entgiftungstrupps ein. Mit einem Spreng- und einem Löschoagen eilt er herbei. Die Männer sind vollkommen in einen hellgrauen Gummianzug gehüllt und mit Gasmasken ausgerüstet. . . . Nur Verwundete und Gasranke ist eine Luft-schutz-Abteilung eingerichtet, die die große Zahl von „Verletzten“ betreut. . . . In der Bergmanns-straße haben die Bomben in etwa 100 Meter Länge eine ganze Häuserreihe erfasst, so daß die Hausfeuerwehr von vornherein machtlos war. Das Feuer greift mit rasender Geschwindigkeit um sich. Die Feuerweh hat, nicht etwa in der Theorie, son-derm tatsächlich, 10.000 Liter Wasser in der Minute verpumpt.

Um 13 Uhr 30 erfolgte, wiederum durch Groß-alarmgeräte, die „Entwarnung“. Der Verkehr kann wieder aufgenommen werden.

Ein fühner Mann. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wandte sich an die litauischen Behörden mit dem Ersuchen um Ge-willigung des Ringes des Flugzeuges „Lituanica II“ nach Litauen. Den Flug absolvierte der Lie-nant Valiulis, der Kommandant der Luftflotte der Vereinigten Staaten ist. Das Flugzeug ist ebenso benannt, wie die Maschine der berühmten litauischen Piloten Darinus und Girenos, die 1933 den Ozean überflogen, aber knapp vor dem Ziele — ihrer Heimat Litauen — ums Leben kamen. Der Unterfeld in der Benennung liegt bloß in der Auffassung der „II“. Valiulis beabsichtigt, seinen hiesigen Ring in derselben Zeit zurückzulegen, wie seine heldenhaften Vorgänger, nämlich im Juli. Die Route führt über New-Hundland, Island, England, Norwegen, Dänemark, Deutschland und Litauen.

835 Häuser verbrannt. In Viha, etwa 200 Kilometer östlich von Ruzen, sind 835 Häu-ser einer Feuerbrunst zum Opfer gefallen. Man vermutet, daß es sich um eine Brandstiftung durch „kommunistische Elemente“ handelt.

Die Zahl der Todesopfer von Paratshi (Britisch-Indien) bei den blutigen Zusammen-stößen hat sich auf 35 erhöht. Da mehrere der ver-letzten Robammedaner ihren schweren Wunden im Krankenhaus erliegen sind.



Mir kann keiner widerstehen!

Sitzt der Schmutz auch noch so fest . . . sind die Sachen noch so fein: Putzfrau VIM ist stark genug für schwere Arbeit — und behutsam bei der leichten. Das Besondere an VIM? Es erweicht und löst den Schmutz — ist wie geschaf-fen zum Großreinemachen!



Spanien wird kapitalistisch!

Wenn Primo de Rivera schon der spanische Diktator oder Mussolini war, dann haben die italia-nischen und deutschen Genossen sehr gute Aus-sichten in bezug auf den Sturz der „faschistischen Diktatur“, denn mit Primo de Rivera sind seine Gegner erstaunlich leicht fertig geworden. Er ging, als die Kräfte, die ihn bisher stützten, ihn seine Basis nahmen. Die Diktatur Primo de Riveras hatte den Bestand der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei nicht bedroht, sondern verhielt sich den Sozialisten gegenüber beinahe wohlwollend. Allerdings hatte er für die Syndika-listen nichts übrig. Ueber einen besonderen ter-roristischen Apparat hatte Primo de Rivera nicht verfügt, auch wurde neben dem offiziellen Staats-apparat nicht noch ein zweiter geformt, wie es in der ersten Zeit in Deutschland war. Primo de Rivera war nicht eindeutig einer bestimmten Macht verschrieben, sondern labierte und hatte nicht einmal die Arme geschlossen hinter sich, da auch diese kein einheitlicher Körper ist, sondern alle Klassen- und Klassen-Interessen widerspiegelt.

Wie in Russland 1917, später in Estland und Deutschland, brach auch sein morsches Regime zusammen, ohne daß Parallelenlämpfe stattfan-den. Das Volk war vor Wut und Wut, und die sonnigen Apriltage des Jahres 1931 waren son-niger denn je. Die zweite spanische Republik war da. (Im Jahre 1873 war Spanien schon einmal kurze Zeit Republik). Oberflächlich ausgedrückt, haben die Stimmzettel die Monarchie weg-geschwemmt. Wie wir sehen, muß eine solche all-gemeine Verletzung nicht das Resultat eines Krie-ges sein.

Eben haben die bürgerlichen Kräfte gesiegt, so triumphiert auch schon ein anderer Moral-, Rechts- und Ethikgriff. Die „Rechtler“ von gestern sind die Helden von heute, die „Hochver-treter der Nation“ plötzlich die Helden der Nation, die Verbannten und Geächteten von gestern die Minister von heute.

In der neuen provisorischen republikanischen Regierung Spaniens waren zunächst die bürger-lichen Kräfte vorherrschend. Sie ergriffen entspre-chende Maßnahmen. Am radikalsten Azaña als Vertreter der Intelligenz, die ihren großen Traum verwirklichen will.

Spanien ist ein Agrarland. Im Jahre 1910 lebten 66,2 Prozent der Bevölkerung von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei. 1920 waren es so-gar 67 Prozent. Im selben Zeitalterabschnitt von 1910 bis 1920 nahm der Anteil der industriellen Bevölkerung um etwa 50 Prozent zu. Waren 1910 14,6 Prozent der Bevölkerung in Industrie und Bergbau tätig, so waren es im Jahre 1920 schon 23,9 Prozent. Der Rest verteilt sich auf Handel und Verkehr, Arme und Marine, freie Berufe usw. Doch diese Zahlen sagen noch nicht alles. Wichtig ist auch die Struktur der industrie-len und agrarischen Wirtschaft. Und da ist zu be-tonen, daß sich die moderneren Unternehmungs-formen im wesentlichen nur in Katalonien, dem am fruchtbarsten entwickelten und darum am selbststärksten um seine Autonomie kämpfenden Ge-biet Spaniens, sowie in dem teilweise sehr modernen Industrieviertel an der Nordküste durch-gesetzt haben. Sonst hat die Altersgesellschaft kaum irgendwo Eingang gefunden. Nach dem spanischen Schriftsteller P. A. Azaña gibt es in Spani-en etwa 18.000 Industriewerkebetriebe, die ins-gesamt 35.000 Arbeiter beschäftigen. Man kann daraus ersehen, was das für „Betriebe“ sind. Im-ganzen Lande ist die Industrie mangelhaft kon-zentriert. Erst im Jahre 1914 entziehen Arbeit-gebervereinigungen, Madariaga betont, daß sie als Defensivmaßnahme gegenüber den syndika-listischen Verbänden entstanden sind. Das würde be-deuten, daß die Arbeiterbewegung in ihren Deman-dationen der bürgerlichen Gesellschaft voraus ist, was eine außerordentlich interessante und vielleicht ein-sichtige Erscheinung ist, denn geschichtlich diktiert die jeweilige Stufe des Kapitalismus die Organi-sationsform der Arbeiterbewegung. Madariaga betont überhaupt die einzigartige Organisation des spani-schen Syndikalismus, und man muß wohl, wie es scheint, die weitverbreitete Auffassung, der

Syndikalismus sei gegen die Organisation, sehr kritisch aufnehmen.

Und ist bisher nicht zu Bewußtsein gelom-men, wie rückständig Spanien gegenüber den ent-wickelten Staaten noch ist. Darum erliegen wir so oberflächlichen und verhängnisvollen Parallelen und lassen überall den „Faschismus“ siegen, wo sich im Wirklichkeit ganz andere Siege abspie-len. Selbst ein geschultes Volkstum wie Adolph Hitlers, der im ersten Drittel des 19. Jahrhun-derts Spanien bereiste, nachdem er vorher in England und Schottland war, rief damals er-schüttert aus: „Aber niemals hätte ich mir vor-zustellen vermocht, daß in unmittelbarer Nähe meines eigenen Landes ein Gebiet so schrecklichen Verfalls und Elends liegen könne, denn ich hatte Spanien noch nicht gesehen!“ 1815 schrieb ein Engländer: „er habe in Spanien eine Halbivil-lisation angetroffen, wie sie dem Stand Englands gegen Ende des 14. Jahrhunderts entsprache“. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1915 gab es unter den 20 Millionen Einwohnern, die nach einer Zählung aus dem Jahre 1900 auf 22.761.000 angewachsen sind, nur 7.170.000, die lesen und schreiben konnten, 3.540.000, die nur lesen, und 11.867.000, die weder lesen noch schreiben konnten. Also 60 Prozent Analphabeten! Sehr „kühn“ hat Herr Verhältnisse in dem nicht sehr schnelllebigen Tempo Spaniens kaum ver-ändert haben. Eben darum fordert das Bürger-tum moderne Schulen, es braucht Kenntnisse, Fähigkeiten usw., um sich entfalten zu können, ja, die Schule ist ein Stück ihrer Entfaltung, ihre Beherrschung durch die Kirche eine der vielen Fesseln der Entwicklung. Nicht zufällig hat die Re-publik im ersten Jahre ihrer Existenz mehr Schu-len geschaffen, als die Monarchie in 10 Jahren! In Schnellkursen wurden die Lehrer herangebil-det, aber dennoch waren die bürgerlichen Kräfte nicht lebensfähig genug, um die anderen entbeh-ren zu können.

1938 beruft Spanien durch einen leicht-fertig beraufbeschworenen Krieg gegen die Ver-

Ihre Blumen dürsten

nach dem gutem Blumen-Zauberung 1 Palet mit Postzusendung Kd 560 durch Verwaltung „Frauenwelt“, Prag XII., Fochova 62

einigten Staaten die Heberrente des ehemaligen großen Kolonialreiches und beginnt nun, sich ganz auf sich selbst zu bestimmen. Die industrielle Ent-wicklung geht gut vorwärts und erlebte durch den Weltkrieg, in welchem Spanien neutral blieb und tiefe Aufträge bekam, einen bedeutenden Auf-schwung. Der Entwicklung stehen aber immer wie-der bedeutende Hemmnisse im Wege. So sind z. B. nur in den allerwenigsten Orten Tele-graphenanlagen vorhanden, in anderen Gebieten nimmt das Getreide noch die Stellung eines Zah-lungsmittels ein, die schlechten Verkehrsverhält-nisse erschweren die Ausbeutung des an Miner-alien und Bodenschätzen sehr reichen Landes. Zum Unglück ist der Straßenbau noch durch die Un-ebenheit des Landes, den spröden Boden usw. be-hindert. Trotzdem hat sich z. B. die Eisenindustrie so entwickelt, daß sie jetzt schon daran denkt, sich fremde Märkte, besonders am Mitteländischen Meer, zu erobern. Die Textilindustrie kann noch immer nicht den Eigenbedarf des Landes decken, auch die Fabriken zur Herstellung landwirtschaft-licher Maschinen (1898 gab es nur eine Fabrik!), sind noch nicht zureichend. Sehr vielseitig ist die spanische Metallurgie. Bilbao a. a. A. ist u. a. und Valencia sind die drei Zentren dieser Industrie, deren wichtigste Zweige die Eisen- und Stahlindustrie sind. Asturias ist das wichtigste Kohlenfeld des Landes und hat den Vorteil der Lage am Meer beim Aufbau der Unternehmungen gut ausgenutzt.

H. I. I. schrieb 1928 in seinem Buch „Wirt-schaftsgeist in Spanien“ folgendes:

„Alle großen Erzlager sind in den Händen fremder Kapitalisten, das Eisen von Bizcaya, die Kupferminen von Rio Tinto, das Blei von Almaraz . . . von dem in der mineralischen Industrie tätigen Kapital ist fast zwei Drittel in fremden Händen. Ebenso sind die größten industriellen Unternehmungen, wenn man von Katalonien ab-sieht, die Elektrizität, und Gaswerke, die Stra-ßenbahnen, die elektrischen Kraftwerke, manche Bewässerungsanlagen, meistenteils von Fremden geschaffen. Auch einer der wichtigsten Zweige des Außenhandels, der Handel mit Südbüchsen, Öl und Wein ist von Deutschen, Engländern, Fran-zosen und Amerikanern entwickelt . . .“

Dadurch ist ja auch keine einheitliche Verkehrs-politik usw. möglich, daher die Verbrechen, die Ab-hängigkeit vom Ausland herzuführen. Das hat allerdings nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Gründe. Ausländisches Kapital strömt, insbesondere im 19. Jahrhundert ins Land hinein, und eroberte sich in echter Linie den Bergbau. Im Jahre 1921 wurde das Abbaurecht für Mineralien durch einen königlichen Erlass auf Spanien be-schränkt. Das spanische Bürgerium fühlte also die Macht der Konkurrenz schon, ehe es recht da war. Nicht nur, daß sich die Bedingungen außerhalb seines eigenen Landes außerordentlich verschlech-tert haben, weil hochentwickelte traditionelle Nachgruben den Erbball bereits unter sich auf-geteilt haben und die jungen kapitalistischen Län-der den alten gegenüber ungeheuer im Rückfall sind, kommt das ausländische Kapital obendrein in die jungkapitalistischen Länder und erschwert den Aufstieg des Bürgeriums außerordentlich. Weitere Artikel folgen. R. W. a. r.

Ein Schönheitssalon, der seinen Umsatz „frisiert“

Frau Lavecky unter Betrugsanfrage

Prag. Der Schönheitssalon Lavecky zählt zu den größten und bekanntesten Unternehmungen seiner Art. Seine Inhaberin ist die heute 60-jährige Frau Genriette Lavecky, geb. geborene Zuckerkandl. Dienstlos ist nun Frau Zuckerkandl-Lavecky auf der Anklagebank vor dem Straf-gericht in Prag und neben ihr war angeklagt ihr um neun Jahre jüngerer, geschiedener Gatte Robert Zuckerkandl, ihr Sohn Rudolf Lavecky und ihr Schwager Johann Friedrich Kavan, Inhaber einer Parfümeriehandlung. Die Anklage lautet auf das Verbrechen des Betruges.

Frau Lavecky betrieb gemeinsam mit ihrem ge-schiedenen Gatten Robert Zuckerkandl nicht ihrem Prager Unternehmen auch eine Filiale in Böhmen, Osterau, die sie im Herbst 1931 zu verkaufen beabsichtigte. Auf ein Inserat im „Prager Tagblatt“ meldete sich als Käufer ein Ehepaar Schwarz. Die Inter-essenten beschloßen das Osterauer Unternehmen, studierten die Geschäftsbücher und waren von dem Ergebnis so befriedigt, daß alsbald ein Kaufvertrag zustandekam, nach welchem das Geschäft für 350.000 Kč verkauft wurde. 100.000 Kč wurden bar erlegt, der Rest sollte in Halbjahresraten zu je 50.000 Kč erlegt werden. Für diesen Rest stellten die Käufer Sicherstellungswert aus.

Seiner Stelle sich nur allzuwohl bewußt, daß die Rentabilität des Osterauer Geschäftes bei weitem hinter den aufgrund der Geschäftsbücher aufgestellten Kalkulationen zurückblieb. Es zeigte sich, daß die Regie zu niedrig und die Ginnab-mensu hoch veranschlagt worden waren. Das Ehepaar Schwarz klagte beim Zivilgericht auf Aufhebung des Kaufvertrages mit der Begründung, daß es von den Verkäufern vor Abschluß des Kaufvertrages irreführi-gerweise sei. Was im Laufe dieses Prozesses zutage kam, war solcher Art, daß das Zivilgericht die Men-

der Staatsanwaltschaft obtrat, da der Verdacht strafbarer betrügerischer Mani-pulationen aufgetaucht war.

Nach der Zeugenanhörung verschiedener Angestell-ter des Osterauer Unternehmens wurde bei der Besch-uldigung des Geschäftes durch das kaufmännische Ehepaar Schwarz der Umsatz kräftig „frisiert“. Auf Anordnung der Frau Lavecky und des Herrn Zuckerkandl sei die Tages-lohnung von durchschnittlich 2000 Kč künstlich auf 3000 Kč erhöht wor-den. Ferner hätten diese Echts angeordnet, daß in der Zeit dieser Beschuldigung das Geschäft stets voll sein müsse, damit die Käufer einen guten Eindruck gewinnen. Auch wenn es keine zahlenden Kunden seien. So habe z. B. der Sohn der Frau Lavecky-Zuckerkandl das ganze Chorpersonal des Osterauer Theaters eingeladen, sich in dieser Zeit im Salon Lavecky gratis frisieren und verschönern zu las-sen, nur damit die Käufer den Eindruck eines recht lebhaften Geschäftes bekommen sollten. Ferner habe man den Käufern gegenüber das Gehalt der Bilanz-leiterin, d. i. 3500 Kč monatlich, nicht in die Regie eingerechnet.

Nach dieser Sache führt die Anklage noch als zweiten Punkt gewisse Manipulationen mit den Sicherstellungswerten des Ehepaars Schwarz an, die unter Mithilfe des Schwagerbruders der Frau Lavecky, nämlich des Herrn Friedrich Kavan, in nicht ganz einwandfreier Art bei einer hiesigen Bank eskontiert worden seien, wodurch den Eheleuten Schwarz beträchtliche Unannehmlichkeiten erwachsen. Der Gerichtshof fand ein strafrechtliches Ver-schulden in keinem Fall erwiesen und sprach die Angeklagten mangels Bewei-sen frei. Was die „frisierten“ Umsätze betrift, so hätten sich die Käufer bei hinlänglichem Sorgfalt selbst von dem tatsächlichen Sachverhalt überzeugen können. Und die Wechselhabe sei ein rein gläubigeres Verhältnis. 46.

PRAGER ZEITUNG

Deutsche Sozialdemokratie gegen Henleins Katastrophopolitik

Genosse Jaskch in einer öffentlichen Versammlung in der „Urania“

Im vollen Saale der „Urania“ und bei überfüllten Galerien fand gestern abends eine von der Bezirksorganisation einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Abg. Genosse Jaskch, wiederholt von Zustimmungsrufen unterbrochen, über die Grundlagen und Verhältnisse des Sudetendeutschentums unter der Fragestellung „Aufbau oder Chaos?“ referierte.

Die Rede des Genossen Jaskch

Ausgehend von den verschärften internationalen Spannungen betonte Gen. Jaskch, man dürfe nicht in die Ideologie des Feindes verfallen und nur noch auf die Entscheidung der Waffen warten. Der Vorkampf der Demokratie liegt in ihrer breiteren ökonomischen und moralischen Fundierung, in ihrer besseren sozialen Leistung.

Bei den kommenden europäischen Entscheidungen werden jene Staaten bestehen, die ihre inneren Probleme am erfolgreichsten gemeistert haben.

Das gilt auch für die Tschechoslowakei. Zur Frage der künftigen innenpolitischen Orientierung melden wir das Primat der sozialen Frage an. Die Reaktion spekuliert auf den Hunger und die Verzweiflung von 800.000 Arbeitslosen. Darum liegt es im Interesse der Demokratie, den kommenden Wahlkampf zu einem Volksentscheid über die wirtschaftliche, soziale und staatspolitische Erneuerung des Landes zu gestalten. Obwohl in der abgelaufenen Periode in dem gegenseitigen Verständnis von Arbeitern und Bauern große Fortschritte erzielt wurden, ist noch immer die Frage offen, inwieweit wir Industriefriede ableiten können oder Agrarstaat werden müssen. Im Prozeß der Reorganisation ist für die 800.000 Arbeitslosen und auch für den Nachwuchs des Dorfes kein Raum. Somit gibt es

für unsere Ueberbevölkerung nur die Lösung der Wiederbelebung, Reorganisation und Ausweitung des industriellen Sektors.

Hier berühren sich die Fragen der wirtschaftlichen Befreiung mit dem nationalen Problem des Staates. Die Sudetendeutschen sind eine industrielle Nation. Nur zu einem Fünftel leben sie von der Landwirtschaft. Sie haben keine andere Perspektive als die, wieder Industriearbeit zu finden oder zu verlernen. Unter diesem entscheidenden Gesichtspunkt müssen die neuen politischen Strömungen beurteilt werden. Henlein rühmt sich die sudetendeutsche Jugend und einen großen Teil des Volkes in Marsch gesetzt zu haben. Der sudetendeutsche Nationalismus marschiert, aber — wie schon so oft — in falscher Richtung. Es ist wieder ein großes Wollenschieben im Gange. Es gibt nur noch reine Engel, die in den lichten Höhen der Volksgemeinschaft schweben und Verantwortung, die sich im Sumpf des Parteinebens wälzen. Der Ungeist der völkischen Intelligenz versucht sich wieder der Führung des Volkes zu bemächtigen. Redner vergleicht sie mit Ouz. Dieser tschechische Reformator stieg auf den Scheiterhaufen, um für die Wahrheit zu zeugen. Unsere völkische Intelligenz weigert sich dagegen standhaft die Wahrheit über das sudetendeutsche Schicksal zur Kenntnis zu nehmen:

1. daß 90 Prozent der sudetendeutschen Not eine Folge der kapitalistischen Systemkrise und des europäischen Niederganges sind;
2. daß unser Wirtschaftselend durch die Antarkipolitik Hitlers verschärft wurde, daß unsere Kurorte und Fremdengebiete infolge der deutschen Ausreisepolizei veröden;
3. daß sich die Lage der deutschen Minderheiten in ganz Europa verschlimmert hat seitdem Deutschland aufhörte, ein Rechtsstaat zu sein;
4. daß die Sudetendeutschen das erste Opfer einer europäischen Katastrophe wären.

Der Haß gegen den Kapitalismus hat diese Schichten blind gemacht. Sie spekulieren auf den Sieg des tschechischen Nationalismus und können es offenbar nicht erwarten bis Herr Domin Unterrihtsminister alle Klagen über die agrarische Vorherrschaft vergebend, sind sie anscheinend bereit, einer agrarischen Totalität die Wege zu ebnen, wie die Verhandlungen zwischen Herrn Henlein und Stoupal beweisen. Das ist keine Politik mehr, das ist der Weg zum Chaos, die Spekulation auf die Katastrophe.

Kommt es zur Bildung nationaler Fronten, dann entbrennt ein offener Machtkampf, bei dem die Deutschen unterliegen müssen.

Zu den Leidtragenden würden aber auch alle anderen Staatsvölker gehören, denn das Aufkommen nationaler Kämpfe bedeutet das Ende jeder wirtschaftlichen Aufwärtsarbeit. Die Protektoren Henleins spielen mit dem Feuer. Die Deutsche Sozialdemokratie hat in der Frage der Heimatsfront keine Parteinteressen anzumelden, sie hat diese Bewe-

gung von Anbeginn grundsätzlich bekämpft und ist zu offener Wahlkampf gerüstet.

Wie fragen jedoch, ob in der sudetendeutschen Politik der Begriff der Verantwortlichkeit schon völlig verschwunden ist. Wenn schon die bürgerliche Jugend verblendet ist, so müßten die Herren Koche und Mann-Darting wissen, wohin die Reise geht. Als Beweis der Leichtfertigkeit führender Politiker zitiert Redner die Marienbader Rede Hagenreiners. Außerhalb jeder Verantwortung lebend, ist der nationale Mikkel der Christlichsozialen seit dem Saar-Entscheid sehr abtönnungsstrebend geworden. In Oesterreich dagegen ist der Status quo bei christlichsozialen Politikern sehr beliebt und man läßt nicht einmal eine Gemeindevahl zu. Genosse Jaskch läßt ferner scharfe Kritik an der Haltung der Exponenten der deutschen Universität. Bei SDK-Konferenzen treten sie in Erscheinung, während sie noch keinen einzigen wissenschaftlichen Beitrag zu den großen Nachkriegsproblemen der sudetendeutschen Politik geleistet haben. Es ist einträulicher, wohlhonorierter Gutachten zu erhalten und von dieser hohen Partei aus den Materialismus in der Politik zu verurteilen. Zur Rolle der Jugend bemerkt Redner, man müsse die Legitimation jener gebildeten Männer zwischen 30 und 40 Jahren noch überprüfen, die im Namen der jungen sudetendeutschen Generation sprechen. Sie scheinen übrigens nicht gegen das Alter schlecht zu sein, sondern nur gegen das bejammerte Alter zu sein. Wegen die Ueberalterung im Universitätsbetrieb haben sie nichts einzuwenden, auch wurde noch keine Altersgrenze für Aufsichtsräte gefordert. Nur die Zweipoligkeit dieser Jugend ist bezeichnend, daß

sie in sozialen und nationalen Phrasen überfließt, ihren Hauptkampf aber gegen die Träger der sozialen Arbeit richtet.

Neben schönen Worten von stiller Erneuerung stehen Taten im Dienste der Götze, Vorgesetzten mit 3000 Kč Anfangsgehalt ziehen gegen die sogenannten Verukropolitiker zu Felde, um selbst Ver-

Schwere Folgen des gestrigen Morgennebels Straßenbahnunfall in Dolovice 14 Verletzte.

Prag, 20. März. Gestern in den Morgenstunden stieß in Dolovice ein Straßenbahnwagen der Linie 23 mit einem Pferdegepäck zusammen, welches unvorsichtig in die Fahrbahn einbog. Die Folgen dieser Karambolage waren ziemlich geringfügig. Während der Wagenführer die Identität des Autors feststellen wollte, kam bereits der zweite Straßenbahnzug heran. Der Führer dieses vollbesetzten Notornagens, der das Hindernis infolge des dichten Nebels erst im letzten Augenblick sehen konnte, verfuhr sofort alles, um den Wagen zum Stehen zu bringen, doch war es schon zu spät. Auf den nassen Schienen geriet die Straßenbahn ins Gleiten und fuhr auf den Anhängewagen der stehenden Garnitur auf. Vierzehn Personen wurden dabei, zum Glück nur leicht, verletzt. Nach sofortiger ärztlicher Behandlung wurden alle in häusliche Pflege entlassen.

In jedem Sport eine Tafel Diana Schokolade, sie ist konzentrierte Nahrung.

Kunst und Wissen Hinter Mauern

Das Prager Deutsche Theater, das sich so angestrengt bemüht, nur ja nicht aktuell zu sein, entwickelt Schein-Aktualität nur auf einem Gebiet, nämlich durch Sprechstücke, die an die Judenfrage rühren. Jetzt geschieht das durch Hervorheben des zwar wichtigen und wirkungsvollen, aber selbst an Judenproblem, wie es heute gestellt ist, fast völlig vorbeireidenden Schauspiel „Hinter Mauern“, mit dem sein Autor, der Däne Henri Nathansen, nicht einmal vor zwanzig Jahren besonders zeitgemäß war. Doch ein gläubiger alter Jude seine Tochter keinem Christen zur Frau geben will, daß er und der Bedienstetenmädchen miteinander darüber ringen, ob die Trauung im Tempel oder in der Kirche stattfinden soll — wen interessiert das? Und wenn angeht die Möglichkeit, daß die Enkel des Herrn Nathansen Levit getauft werden sollen, in dessen Haus Todesstrafe wie noch einem Pogrom herrscht, so entsteht eine fast zum Lachen reizende Wirkung. Kurzum, man spürt, daß solche Stücke ausgegeben werden, ut aliquid fiat, nämlich, damit der (falsche) Eindruck entstehe, das Theater wende sich Zeitproblemen zu. Tatsächlich ist es bei 1912 stehen geblieben.

Die Aufführung gelot wiederum Regisseur Gellner seinen Sinn für Willensbildung und -deutung, aber diesmal in aller Ueberbore Betonung; alles wird breit ausgeprochen, jedes kleinste Gespräch, jede Episode wird, wie richtig bemerkt wurde, förmlich gelebiert, jeder einzelne Darsteller spielt aus-

rufspolitiker zu werden. Unser Kampf gegen diese Methoden ist ein Kampf gegen die Verlotterung in der deutschen Politik. Mit solchen Methoden kann es kein Kompromiß geben.

Bei dem Ringen um das Schicksal des Bundes der Landwirte geht es um eine Fortsetzung des Duells zwischen Lodman und Ktepel. Auch Lodman wollte alle Sudetendeutschen einigen, indem er sie auf eine unfruchtbare Protestfeste festlegen wollte. Ktepel hat dagegen erkannt, daß mit den Lebensinteressen der deutschen Bauernschaft nicht Haxard gespielt werden dürfe. Nun steht wieder zur Entscheidung, wem die Führung in der sudetendeutschen Politik anvertraut werden soll. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre Position bezogen. Wenn Achtel unseres Volkes sind Arbeiter, Angestellte und Bauern. So kann es auch für unsere Politik nur eine konstruktive Formel geben.

Die Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern mit der fortschrittlichen Intelligenz.

Die Volksgemeinschaft kann nicht darin bestehen, daß das Volk den Kameradischbündlern nachläßt. Die Aufgabe der Sudetendeutschen ist, mit den sozial und fortschrittlich orientierten Gruppen des tschechischen Volkes eine große Aufbaufront zu bilden. Im Rahmen des vom Außenminister Dr. Beneß propagierten Rüstungsplanes muß der Lebenswille der deutschen arbeitenden Menschen nach Geltung ringen. An der tschechischen Politik liegt es, der jungen sudetendeutschen Generation eine schöpferische Aufgabe zu stellen.

Demokratie soll nicht nur soziale, sondern auch nationale Gerechtigkeit bedeuten.

Die deutsche Arbeiterklasse wird ihr Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen wissen und den Katastrophopolitikern den Weg verlegen. Gerade in der gegenwärtigen Stimmung erinnern wir daran, daß die Sudetendeutschen ihre größte Katastrophe erlebt haben, als sie ihre Hoffnungen auf die preussischen Pöbelhaufen stellten. Unser Programm heißt Aufbau neuer sozialer und nationalkultureller Lebensgrundlagen für die deutschen Menschen auf dem Boden einer demokratischen und fortschrittlichen Tschechoslowakei.

Der Rede des Genossen Jaskch folgte reichlich Beifall. Nach ihm sprach kurz ein Jugendgenosse, worauf der Bezirksvertrauensmann Genosse Schönfelder, der Vorsitzende, die Versammlung schloß, da sich niemand zur Debatte meldete. Die Henlein-Leute hatten es vorgezogen, zur Auseinandersetzung nicht anzutreten.

Ja, wollte man uns zeigen, wie dieses Stück 1912 zu spielen war? Es wäre doch weit richtiger gewesen, durch ein bißchen Modernisierung, durch gelegentliche Mischung mit Konversationen, womöglich den realistischen Zusammenhang mit dem Heute zu suchen! Aber es scheint eben, daß das Prager Deutsche Theater selber bis zur letztmöglichen Konsequenz „hinter Mauern“ bleiben will. Dann muß es aber auch weiter damit rechnen, daß viele sehr oft draußen bleiben werden! Leider trotz der guten Schauspielkunst, die sich auch „hinter Mauern“ abspielt. Herr Karl ist ein interessanter, mehr innerlich als äußerlich harter Vertreter des sich in der Familie absonderlich abschließenden Judentums. Frau Voite Stein eine geradlinige, warmherzige Muttergehalt, wenn auch um einen Ton zu wenig jüdisch und zu wenig alt; Judulein Rodenberg ist rührend und ergreifend als das Judenmädchen, um das der Konflikt in Liebe und Familie sich entrollt, aber wohl etwas zu heiterlich, noch zu wenig kraftvoll; sympathisch männlich Herr Demel als der schon einigermaßen ins Freie lebende Bruder, erfreulich lebendig und humorvoll als Bruder Spieler Herr Dudek, dessen Eintritt in die verzerrt unheimlich-schwangere Atmosphäre jedesmal erlösend wirkt; sehr distinguert die beiden „Herrschaften“, die von Frau Bertram und Herrn Siedler repräsentiert werden, in wenigen Strichen übergehend die Herren Fabellek und Richter. Sehr gutes Theater, sogar einschließlich des goldenen Kleinfonds, das so lieb und brav „mitspielt“. Aber wozu das alles? L. G.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag 7 Uhr: Jenufa, Abonnement aufgehoben. — Freitag halb 8: Hinter Mauern, D. 2. — Samstag halb 8: Figaros Hochzeit, Gastspiel Wilm Tomcat, Gastbühner, A. 1. **Spielplan der Kleinen Bühne.** Donnerstag 8: J. G. hab's getan. — Freitag 8: Gentleman. — Samstag 8: Mädchen für alle.

Gerichtssaal Der falsche Paß eines kommunistischen Agitators Und eine kuriose Verteidigung

Prag. Der 31jährige Redakteur des kommunistischen „Rudé Právo“ Richard Slavík, war Mittwoch vor dem Strafgericht 1. Instanz des Vertrages des Vertrages durch Verwendung einer gefälschten Urkunde angeklagt. Am 8. November v. J. nahm die Polizei, die ja über alle vertraulichen Angelegenheiten im kommunistischen Lager aufs beste unterrichtet ist, in der Wohnung der derzeit in Prag lebenden Waltrante Šolíz (der Witwe des bekannten Mar Šolíz) in der Petřovská, wo mehrere Personen verhaftet waren, eine plötzliche Razzia vor. Einer der Verhafteten legitimierte sich mit einem österreichischen Paß, lautend auf den Namen Karl K u n z, ausgestellt von der Bezirkskommandantur in Br u n n. Der Paß erwies sich als ein ziemlich plumpe Fälschung. Als der angeklagte



Jzuba Orlova spielt eine der Hauptrollen in dem russischen Film „Die ganze Welt läßt“.

Kunzobnd auf dem Kommissariat betruerte, er heiße wirklich so, lachte man ihm ins Gesicht. Denn die Polizei ist, wie gesagt, trefflich über alle Vorgänge in der kommunistischen Partei informiert und außerdem kannte man auf dem Kommissariat Herrn Slavík persönlich. Schließlich bewies er sich denn auch zu dem Geständnis, daß es sich um einen falschen Paß handele.

Die Verteidigung des Angeklagten, der sich übrigens in der Untersuchungshaft mit Frau Waltrante Šolíz verheiratet hat, war kurios genug. Dem falschen Paß will er von einem unbekannten Mann erhalten haben, der ihn angeblich auf der Karlsbrücke anpraßte und fragte, ob er „Der Richard sei“. Als er wahrheitsgemäß bejahte, habe ihm der Unbekannte den Paß in die Hand gedrückt und sei verschwunden. Im übrigen behauptete Slavík er habe sich keineswegs mit dem falschen Paß legitimiert, sondern diesen im Gegenteil weggeworfen und einer der Polizisten habe ihn aufgehoben. Demnach könne von einem Mißbrauch der gefälschten Urkunde keine Rede sein.

Der Gerichtshof schenkte dieser Verteidigung keinen Glauben, sondern erkannte den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig und verurteilte ihn zu vier Monaten Kerker. Die Strafe wurde unbedingt ausgesetzt, ist aber durch die Untersuchungschaft verhängt. Gleichwohl wurde Slavík nicht auf freien Fuß gesetzt, denn er wird sich noch wegen Verbreitung eines anläßlich der Präsidentenwahl verbreiteten Flugblattes zu verantworten haben, das den Titel trug: „Nicht Haxard, sondern Lenin!“ rh.

Aus der Partei

Frauenbezirkskomitee. Wichtige Sitzung am Freitag, dem 22. März, um 7 Uhr im Parteihaus.

Sport • Spiel • Körperpflege

Tanziger Nazi zerstören Arbeiter Eigentum. Der Sportplatz der Tanziger Arbeiterportier am Trnovi: der einzige auf dem sie augenblicklich ihren Spielbetrieb abwickeln können. Die Mitglieder des Tanziger Arbeiter-Turn- und Sportverbandes haben durch freiwillige Arbeitsleistung versucht, den Platz zu ebnen, spielfähig zu halten und auszubauen. Vor ungefähr 14 Tagen haben in der Nacht einige haben in einer der letzten Nächte der vorigen Woche Nazi-Banden die mit großen Opfern und Kosten errichtete Anlage zerstört. Aber die Nazis haben die Solidarität der Tanziger Arbeitergesellschaft verkauft, denn die geplanten Reparaturen wurden doch durchgeführt.

Holländischer Arbeiterport. Im Fußball: gab es am vergangenen Sonntag u. a. folgende Ergebnisse: Das Distriktspiel Regen gegen Biff endete mit dem Siege von 5:1 für Regen. Im Kreis Hoorn verlor Den Helber gegen Paulowna mit 0:4. Kreis Arnhem: Arnhem gegen Vennum 3:0. Wintholen (Kreis Groningen) gewann gegen Groningen 6:3. Im Kreis Süd-Holland gab es hohe Resultate: Kigemeine schlug SW mit 6:1 und Looswaarts Den Haag wurde von SSC mit 0:3 geschlagen. Kreis Twente: Enschede gegen Almelo 0:3. — Die Handballspiele im Amsterdamer Kreis ergaben u. a.: Kitzvogel gegen Armo 0:1, Turnen gegen RSC 2:3, Waterveinden gegen Haarlem 5:0. Bei den Frauen spielten Arnhem gegen Rijmegen 3:3. — Korfball. Im süd-holländischen Kreis blieb Spierwer mit 3:0 gegen VSA Siegrich und im Kreis Twente gewann Oengelo gegen Olanerbrug Knapp mit 2:1.

Französischer Arbeiterfußball. Paris: Beauvoigne gegen Revallois 5:1, CFBW gegen BUC 7:0, Uichy gegen Vanleue-Quest 3:2.

Österreichs Arbeiter Eigentum verkauft. Die Ardie Turnerschaft Lindenau bei Leipzig haust sich unter großen persönlichen Opfern seiner Mitglieder einen Sportplatz mit Vereinshaus gebaut. Bald zwei Jahre hat dieser Platz als Freizeitanlage der SA gedient. Jetzt hat man den Platz mit allem Zubehör für 5000 Mark einem Sportklub verkauft.